

OBERBÜRGERMEISTER

JULIAN STIPP



**Etatrede des Oberbürgermeisters
zur Einbringung des Haushalts 2025
und der mittelfristigen Finanzplanung
bis 2028 im Gemeinderat
am 16. Oktober 2024**

Sperrfrist: 16.10.2024, 17:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
verehrte Gäste, wert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

1. Einleitung

Heute legen wir Ihnen die Haushaltsplanung für das Jahr 2025 vor. Für einige von Ihnen als neue Stadträtinnen und Stadträte sind es die ersten Haushaltsberatungen, die uns in den kommenden Wochen beschäftigen werden. Für das gute Miteinander in der beginnenden Wahlperiode darf ich mich heute schon bei allen Mitgliedern des Gremiums bedanken.

Bereits im letzten Jahr hatte sich abgezeichnet, dass das Jahr 2025 finanzwirtschaftlich deutlich schwieriger werden würde als die Vorjahre. Leider haben sich die Befürchtungen bewahrheitet und die Situation stellt sich aktuell noch schlechter dar als erwartet. Insbesondere im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung zeigt sich eine deutliche Verschlechterung gegenüber den bisherigen Planungen. Die Gründe dafür sind vielfältig, die internationalen Krisen mit dem Krieg in der Ukraine und der sich weiter zuspitzenden Lage in Nahost sind hier ebenso zu nennen, wie die konjunkturelle Schwäche der deutschen Wirtschaft. Zwar sinkt die Inflationsrate wieder, nach wie vor haben wir aber vergleichsweise hohe Zinsen, die sich als Investitionsbremse auswirken.

Die teilweise überbordende Bürokratie macht nicht nur vielen Betrieben zu schaffen, sie erfordert auch in den Kommunen beträchtlichen personellen und sachlichen Aufwand. Die Schritte zum Bürokratieabbau, die gemacht werden, sind noch viel zu klein um eine echte Verbesserung zu erreichen.

So ist es nicht verwunderlich, dass sich die kommunalen Haushalte in der Krise befinden. Im laufenden Jahr sind wir noch vergleichsweise gut weggekommen, jetzt gesellen wir uns aber in den Kreis derer, die beträchtliche Schwierigkeiten haben ihre Haushalte auszugleichen und die Verschuldung zu begrenzen.

2. Wirtschaftliche Ausgangslage

Die deutsche Wirtschaft befindet sich das zweite Jahr hintereinander in einer Phase wirtschaftlicher Stagnation. Wesentliche Gründe sind strukturelle Anpassungen an die Dekarbonisierung, die Digitalisierung und den demografischen Wandel sowie der stärkere internationale Wettbewerb vor allem mit China. Die Kernindustrien in Deutschland, allen voran die Automobilindustrie stecken in einer tiefen Krise. Die Uneinigkeit auf Regierungsebene in der Haushaltspolitik wirkt sich negativ auf das Konsum- und Investitionsverhalten von Verbrauchern und Industrie aus und treibt die Sparquote auf Rekordhöhe. Für das Jahr 2024 hat die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprognose noch einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 0,3 % erwartet, nach der Herbstprognose wird ein Minus von 0,2 %, erwartet. Für das nächste Jahr wird von einem Plus von 1,1 % (bisher 1,0 %) ausgegangen. 2026 soll der Anstieg 1,6 % betragen.

3. Allgemeine Haushaltslage

Der Haushaltsplanentwurf wurde anhand der fortgeschriebenen Orientierungsdaten des Landes für das Jahr 2024 und der diesjährigen Mai-Steuerschätzung unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten aufgestellt. Orientierungsdaten für das Jahr 2025 liegen derzeit noch nicht vor und werden spätestens nach der Herbststeuerschätzung, die in der kommenden Woche stattfindet, erwartet. Angesichts der Konjunkturerwartungen müssen wir abwarten, was das für unseren Haushalt bedeutet. Die Ergebnisse werden deshalb erst in das Haushaltsberatungsverfahren einfließen können. Es ist daher davon auszugehen, dass bis zur Haushaltsverabschiedung, die für den 18. Dezember vorgesehen ist, noch Änderungen an den heute vorgelegten Zahlen vorgenommen werden müssen.

Trotz bedeutend gestiegener Erträge erwarten wir aufgrund noch deutlich gesteigener Aufwendungen ein Defizit im **Ergebnishaushalt** von knapp 800 T€. Insgesamt weist der Haushaltsplanentwurf **Gesamterträge** von 85,5 Mio. € aus. Dabei haben wir den Haushaltsansatz für die Gewerbesteuer an die aktuellen Entwicklungen angepasst, damit erreichen wir zwar nicht die Rekordeinnahmen des vergangenen Jahres, aber dennoch bewegt sich die Gewerbesteuer weiterhin auf für unsere Verhältnisse hohem Niveau.

Durch die Grundsteuerreform ändern sich unsere Hebesätze bei gleichbleibenden Erträgen. Eine Erhöhung der Grundsteuererträge täte uns zwar gut, jedoch haben wir dies wie vorher erläutert nicht vorgesehen.

Nachdem wir in diesem Jahr die Abwassergebühren senken konnten, werden wir Ihnen in der Novembersitzung des Gemeinderats eine Erhöhung bei der Schmutzwassergebühr um 20 Cent auf 2,85 € je Kubikmeter Abwasser vorschlagen, um die in der Abwasserbeseitigung angestrebte 100%ige Kostendeckung zu erreichen. Die Niederschlagswassergebühr bleibt unverändert bei 0,59 € je Quadratmeter befestigte Fläche.

Die **Gesamtaufwendungen** belaufen sich auf 86,3 Mio. €. Der deutliche Anstieg gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr ist im Wesentlichen auf gestiegene Personalaufwendungen, gestiegene Aufwendungen im Bereich der Gebäudeunterhaltung und der Unterhaltung von Straßen und Kanälen, sowie auf höhere sog. Transferaufwendungen zurückzuführen. Bei Letzteren sind vor allem die Zuschüsse an die Träger der Kindertageseinrichtungen und die Kreisumlage zu nennen. Die exakte Höhe der Kreisumlage kennen wir noch nicht, da der Landkreis erst in der kommenden Woche seinen Haushalt einbringt, jedoch ist angesichts der Kosten der Klinken und der Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes mit einer deutlichen Steigerung des Kreisumlagehebesatzes zu rechnen.

Aktuell profitieren wir noch von den guten Ergebnissen der vergangenen Jahre, so dass wir sowohl über Ergebnismrücklagen als auch über liquide Mittel verfügen, die es uns ermöglichen, keine wesentlichen Einschnitte bei unseren laufenden Aufwendungen vornehmen zu müssen. Sollte es aber nicht gelingen, künftig deutlich bessere Ergebnisse zu erzielen, wird unsere Investitions- und damit auch die Zukunftsfähigkeit deutlich eingeschränkt werden. Fast durchgängig deutlich negative Nettoinvestitionsraten im Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung zeigen, dass wir derzeit nicht in der Lage sind, unsere Tilgung aus dem Ergebnishaushalt zu erwirtschaften, geschweige denn Mittel für Investitionen zu generieren.

Dennoch setzt die Stadt Mosbach ihre Investitionstätigkeit im kommenden Jahr weiter auf hohem Niveau fort. Die begonnenen Großprojekte werden planmäßig zum Abschluss gebracht und gleichzeitig werden auch neue Maßnahmen in Angriff genommen, das ist schlichtweg der sachlichen Notwendigkeit geschuldet, denn unsere

Infrastruktur ist in die Jahre gekommen und bedarf in vielen Bereichen dringend der Erneuerung.

Im **Finanzhaushalt** sind alles in allem Bruttoinvestitionen von 13,2 Mio. € geplant und damit 1,3 Mio. € weniger als nach der diesjährigen Finanzplanung für 2025 vorgesehen waren. Trotzdem handelt es sich um ein ambitioniertes Programm, auf die einzelnen Maßnahmen, die sich hinter diesen Zahlen verbergen, gehe ich nachfolgend noch ein.

An Zuschüssen und Kostenersätzen sowie Vermögensveräußerungen werden 1,9 Mio. € erwartet.

Ein Großteil der Investitionsausgaben geht zu Lasten von Fortsetzungsmaßnahmen. Zur Finanzierung dieser Investitionen benötigen wir eine Kreditaufnahme von 5 Mio. €, was unsere Verschuldung weiter erhöhen wird.

Der Blick in die **mittelfristige Finanzplanung** bis zum Jahr 2028 ist leider noch schwieriger als der in das kommende Jahr. Negative Ergebnishaushalte zwischen 700 T€ und 3,8 Mio. € schmelzen unsere Ergebnismittel deutlich ab. Bei Nettokreditaufnahmen von zusammen 12,5 Mio. € würde unsere Verschuldung auf rd. 57,7 Mio. € ansteigen. Wenn diese Prognose so eintreffen sollte, wären unsere liquiden Mittel bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums komplett aufgebraucht.

4. Einzelthemen

Nach diesem allgemeinen Überblick komme ich nun zu aktuellen Einzelthemen.

4.1 Personal

Dem allgemeinen Trend weiter folgend werden die Personalaufwendungen im kommenden Jahr erneut deutlich ansteigen. Sie erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Mio. € (+ 11,3 %) auf insgesamt 24,7 Mio. €.

Der Anstieg der Personalaufwendungen ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen.

Allgemeine Mehrkosten entstehen zum Großteil durch die bevorstehenden Besoldungserhöhungen sowie den zu erwartenden Tarifabschluss bei den TVöD-Beschäftigten ab dem kommenden Jahr. Außerdem müssen wir mit einer Erhöhung der Arbeitgeberanteile bei der Sozialversicherung – insbesondere mit einer Erhöhung des Zusatzbeitrags bei der Krankenversicherung rechnen. Weitere Kostensteigerungen sind bei einer Erhöhung des Beitrages zur Pflegeversicherung oder einer Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen zu erwarten.

Darüber hinaus ergeben sich Mehraufwendungen durch die Schaffung von neuen Planstellen im Umfang von 8,54 Stellen. Hier möchte ich beispielhaft die Bereiche Digitalisierung, soziale Arbeit (Schulsozialarbeit und Streetwork) sowie Hochbau erwähnen. Weitere Mehraufwendungen ergeben sich aus der Umsetzung unserer Neuorganisation innerhalb der Verwaltung. Diese Neuausrichtung unserer Verwaltung war und ist dringend notwendig, um die vor uns liegenden Herausforderungen und immer weiter ansteigenden Anforderungen an eine Kommune zukunftsfähig gestalten zu können.

Natürlich werden wir auch weiterhin alle bestehenden Möglichkeiten nutzen, um Zuschüsse aus Förderprogrammen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene zu bekommen.

4.2 Verwaltungsunterbringung

Nicht immer ist es einfach, im Sinne des Gemeinwohls allen Interessen gerecht zu werden. Und nicht immer sind die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Stadt ideal. Dies gilt in besonderem Maße für die räumliche Unterbringung und die Gestaltung zahlreicher Arbeitsplätze. Dessen bin ich mir bewusst und deshalb gilt an dieser Stelle mein besonderer Dank an all die Kolleginnen und Kollegen, die bei der Stadt Mosbach sowie unseren Tochtergesellschaften Tag für Tag ihren Dienst versehen.

Für die vielen anstehenden Themen braucht es nämlich eine starke Kommunalverwaltung, sind motivierte und leistungsfähige Beschäftigte nötig. Ein weiteres Thema, das die Zukunft unserer Stadtverwaltung maßgeblich prägen wird, ist daher die künftige Verwaltungsunterbringung, sprich wie wir als Arbeitgeberin Stadt Mosbach künftig arbeiten und uns präsentieren möchten.

Mit Blick auf unsere bestehenden Verwaltungsgebäude sehen wir einen erheblichen Sanierungsbedarf. Viele der Gebäude entsprechen sowohl technisch als auch baulich nicht mehr den Anforderungen unserer Zeit. Gleichzeitig haben sich die Aufgaben der Stadtverwaltung in den letzten Jahren deutlich erweitert. Unsere Stadtverwaltung muss sich immer schneller an neue Anforderungen anpassen, die Digitalisierung vorantreiben und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden. Wachsende Aufgaben erfordern mitunter einen Anstieg des Personals, um uns als Arbeitgeberin Stadt Mosbach langfristig attraktiv aufzustellen.

Betrachten wir alleine die Kernverwaltung, so müssen wir festhalten, dass diese gegenwärtig in 11 Gebäuden verortet ist (die Verwaltungsstellen in den Höhendörfern noch nicht einmal miteingerechnet). Nicht nur der Platz in den bestehenden Gebäuden reicht schlichtweg nicht mehr aus, auch die Büros selbst entsprechen in einigen Bereichen nicht mehr den Anforderungen unserer Zeit. Zukunftsorientierte Arbeitsformen, die Flexibilität und Teamarbeit fördern, sind in den bestehenden Strukturen nur bedingt umsetzbar. Um den neuen Aufgaben gerecht zu werden und effiziente Verwaltungsabläufe zu erzielen, möchten wir die Zahl der Standorte wieder auf ein vernünftiges Maß reduzieren. Effizienz und Zusammenarbeit für optimierte Prozessabläufe sind dabei unser Maßstab.

Der Konsolidierung der Verwaltungsstandorte und der räumlichen Optimierung der Stadtverwaltung sind wir in den letzten Monaten deutlich näher gekommen. Sie haben uns als Gremium hierfür die Rückendeckung gegeben und erkannt, dass es ein „Weiter-So“ nicht geben darf. Hierfür darf ich mich bei Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen bedanken.

4.3 Soziales

4.3.1 Quartiersentwicklung

Der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft ist von besonderer Bedeutung. Das merken wir insbesondere in Zeiten, in denen vielfältige Herausforderungen aufeinander treffen, die die Menschen verunsichern. Es ist unser aller Aufgabe, unsere liberale Demokratie als Garanten unserer Freiheit zu pflegen und wertzuschätzen durch Verantwortungsbewusstsein, Pflichtgefühl, Dialogbereitschaft und Engagement – bürger-

schaftliches und kommunalpolitisches. Dafür aber brauchen wir in unserer Stadt Gestaltungsspielraum als Ort des Miteinanders und der gemeinsamen Zukunft. Es braucht eine partizipative Stadtgesellschaft, die die Menschen bei Entscheidungen mitnimmt und Politik erklärt.

So wurden beispielsweise Anfang des Jahres alle Nüstenbacher Bürgerinnen und Bürger zu einem gemeinsamen Bürgerbeteiligungsformat in die Nüstenbacher Sporthalle eingeladen. Der Zuspruch war enorm. Wie übrigens bei all unseren bisherigen Beteiligungsformaten. In Nüstenbach wurden einerseits Anregungen und Ideen aus der Bevölkerung aufgenommen und andererseits die Idee eines Quartierbeirates durch die Stadtverwaltung vorgestellt. Der Quartiersbeirat wurde erfolgreich konstituiert und einige Anregungen aus der Bevölkerung konnten bereits umgesetzt werden. Darüber hinaus verfügt der Quartiersbeirat jährlich über ein eigenes Budget in Höhe von 3 T€, welches gezielt für kleinere Maßnahmen oder Projekte, welche der Bürgerschaft zugutekommen sollen, eingesetzt werden kann.

4.3.2 Mobile Jugendarbeit (Streetwork)

Seit Mitte dieses Jahres konnten wir zwei Sozialarbeitende für den Bereich der mobilen Jugendarbeit (Streetwork) gewinnen. Seither konnten intensive Gespräche mit der Bürgerschaft und den Jugendlichen, vor allem in den Bereichen Elzpark, Bachmühle und Hospitalgasse geführt werden. Die Beziehungsarbeit zu den Jugendlichen ist hierbei ein wichtiges Element für eine nachhaltige Etablierung der mobilen Jugendarbeit in Mosbach. Die mobile Jugendarbeit beschäftigt sich sehr intensiv mit den Jugendlichen und baut ihr Netzwerk sukzessive weiter aus. Für 2025 sind erste Projekte der mobilen Jugendarbeit aus den Bereichen Kunst, Sport und/oder Musik angedacht.

4.4 Bildung und Betreuung

4.4.1 Schulentwicklung

Bildung ist in einem Land ohne Rohstoffe die wertvollste Ressource und Grundlage für unseren Wohlstand. Deshalb legen wir bei unseren Investitionen einen Schwerpunkt auf unsere Aufgabe als Schulträger.

Im vergangenen Jahr hat der Gemeinderat den Auftrag für eine Schulentwicklungsplanung erteilt. Für die Bestandanamnese wurden alle zwölf Schulstandorte gemeinsam mit der GUS Planungsgruppe sowie den jeweiligen Schulleitungen und Verwaltungsmitarbeitenden vor Ort besichtigt. Ziel war es, die konkreten Nutzungen der bestehenden Räume, die pädagogischen Konzepte und letztlich die etablierten Angebote auch im Sinne des Ganztagsanspruchs ab 2026 systematisch zu erheben und zu analysieren. Diese Bestandserhebungen wurden den Schulleitungen und dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Sport und Tourismus vorgestellt. Für den Prozess kommt erschwerend hinzu, dass wir die dynamischen und teils noch nicht greifbaren Regulierungen des Kultusministeriums (u.a. G8 zu G9 an den Gymnasien, sukzessive Abschaffung des Werkrealschulabschlusses und Sprachförderung an den Grundschulen) in unsere kommunalen Entscheidungsprozesse als Schulträger miteinbeziehen müssen. Wir stehen vor großen Herausforderungen im Schulsektor und müssen einen gemeinsam priorisierten Fahrplan erarbeiten. Der Schulentwicklungsprozess und dessen Ergebnisse sind somit maßgeblich für unsere weiteren Entwicklungsschritte und Maßnahmen in der Mosbacher Schullandschaft.

4.4.2 Schulbaumaßnahmen und Räumlichkeiten

Die Baumaßnahme an der **Pestalozzi Realschule** ist auf der Zielgeraden zur Fertigstellung. Technisch ist das Gebäude in Betrieb und wird seit September bereits teilweise für den Fachunterricht genutzt. Der Umzug findet über den Jahreswechsel statt. Trotz vieler Krisen um uns herum und dramatischen Lieferengpässen im Bausektor ist es gelungen, die Baukosten für die Realschule auf dem Stand von knapp 15 Mio. € zu halten. Von den zugesagten Fördermitteln des Landes i.H. von rd. 4 Mio. € wurde ein großer Teil bereits ausbezahlt.

Neben den reinen Sanierungsmaßnahmen werden auch im Bereich der Fachraumausstattung bzw. im Bereich des Gebäudezugangs Maßnahmen erforderlich, die im Haushalt vorgesehen sind.

Die große Containeranlage wird nachfolgend zurückgebaut.

Der Neubau des **Waldstadtzentrums** wurde in den letzten Monaten intensiv vorbereitet. Heute haben Sie die Auslobung eines interdisziplinären Teilnahmewettbe-

werbs für die Planung der Architektur und der Freianlage beschlossen. In die Auslobung sind Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses sowie die Nutzeranforderungen eingeflossen.

20 Wettbewerbsergebnisse werden dann im kommenden April von dem Preisgericht bewertet und 3 Sieger gekürt. Vom 29.04. bis zum 03.05. werden die Ergebnisse öffentlich in der Waldstadt ausgestellt. Durch den Einsatz eines Architekturwettbewerbs erhoffen wir uns Lösungen, die der Waldstadt als Quartier den Wandel in die Zukunft ganzheitlich ermöglichen.

In **Lohrbach** wird die Idee des **Kindercampus** vertieft und an neuere Entwicklungen angepasst. Ergebnisse der laufenden Schulentwicklungsplanung sollen Berücksichtigung finden. Ein Mehrbedarf an Räumen und Bedarfen zeichnet sich ab. Um die Gegebenheiten des Bestandgebäudes intensiv untersuchen und bewerten zu können, wird die Kurfürstin-Amalia-Grundschule nach den Sommerferien 2025 an den Standort Müller-Guttenbrunn-Schule umziehen. Im Haushalt sind 250 T€ eingestellt, weitere Mittel sind in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten, aktuell werden Fördermöglichkeiten geprüft.

4.4.3 Kinderbetreuung

Große Bedarfe sind gerade auch bei der Nachfrage an Kinderbetreuungsplätzen zu verzeichnen. Da die Kindertageseinrichtungen in der Mehrheit in Liegenschaften der jeweiligen Träger untergebracht sind, werden die Investitionsmaßnahmen durch die Stadtverwaltung intensiv begleitet und mit einem Baukostenzuschuss in Höhe von 80 % der anerkannten Baukosten gefördert.

Konkret entstehen im Bergfeld am katholischen **Kindergarten Maria Königin** zwei weitere Gruppen im U3-Bereich. Dafür sind im Haushaltsentwurf weitere 900 T€ als Investitionszuschuss eingestellt.

Im **Kommunalen Kindergarten** in der Waldsteige West werden im kommenden Jahr die Sanitäranlagen saniert. Im Zuge einer begleitenden energetischen Sanierung entsteht ein Anbau zur Ergänzung des Raumprogramms, außerdem wird die Dachfläche erneuert und eine Photovoltaikanlage installiert.

Die Planung für den im Elzpark konzipierten **Naturkindergarten** wurde fortgeführt, hier wurde eine ganztägige Betreuung als erweitertes Angebot mit aufgenommen. Die mit 60 Plätzen geplante naturnahe Einrichtung wird die zweitgrößte ihrer Art in ganz Baden-Württemberg sein. Das Konzept mit Bezug zur Natur und zur Lebenswirklichkeit im und am Gebäude bilden ein beispielhaftes Alleinstellungsmerkmal.

4.5. Klimaschutz

Eine wichtige Zukunftsaufgabe der Stadt Mosbach ist der Klimaschutz. Für viele Entwicklungen wird der Klimaschutz zur Schicksalsfrage. Klimaresilienz und das Leitbild der Schwammstadt werden zu einer Aufgabe für die kommenden Jahre.

Mit 81 T€ für das kommende Haushaltsjahr sind Mittel für die Erstellung eines Integrierten Klimaschutzkonzeptes eingestellt. Dies beinhaltet die Vergabe von Aufträgen an externe Dienstleister, Beteiligung relevanter Akteure an der Konzepterstellung sowie begleitende Öffentlichkeitsarbeit.

Das Klimaschutzkonzept hat strategisch-konzeptionelle Bedeutung. Ausgehend vom aktuellen Ist-Stand und den vorhandenen Potenzialen der Stadt Mosbach werden unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen Ziele und Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen aufgezeigt. Mit diesem Klimaschutzfahrplan stellen wir die Weichen für das zukünftige Klimaschutzhandeln der Stadt und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Klimaschutzziele des Bundes und des Landes Baden-Württemberg.

Für die Erstellung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes wurde ein Antrag auf Förderung nach Kommunalrichtlinie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz gestellt. Gefördert werden 70 % der zuwendungsfähigen Kosten für insgesamt zwei Projektjahre.

4.6 Weitere städtische Infrastruktur

4.6.1 ÖPNV

Der 2018 wegen gesetzlicher Anforderungen zur Barrierefreiheit begonnene Umbau von Bushaltestellen wird konsequent fortgesetzt. Dafür sind im Finanzhaushalt

350 T€ veranschlagt, aus Zuschüssen des Landes werden Einnahmen in Höhe von 150 T€ erwartet. Auch in den Folgejahren sind insgesamt noch rund 50 Haltestellen barrierefrei umzubauen, deshalb sind in der Finanzplanung entsprechende Ansätze vorgesehen.

Weiter werben werden wir für die bessere Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger. Hier spielt das Carsharing eine wichtige Rolle.

4.6.2 Straßen und Radwege

Im Ergebnishaushalt sind für die Straßenunterhaltung 2 Mio. € vorgesehen. Der Ansatz muss in Relation zum laufenden Jahr um 600 T€ erhöht werden, um den Pflichten bei der Beseitigung von Verkehrsgefahren nachkommen zu können. Dies hängt zusammen mit Preissteigerungen, aber auch mit dem Mehraufwand im Zuge des laufenden Breitbandausbaus.

Der Ansatz für die Straßenerneuerung im Finanzhaushalt beläuft sich auf 1,5 Mio. €. Vorgesehen sind u.a. dringende Maßnahmen in der Straße „Am Henschelberg“, unserer ersten Fahrradstraße im Stadtgebiet, in der Reichenbacher Straße, im Akazienweg und im Lohrtalweg.

Für die Radwege im Stadtgebiet sind im Finanzhaushalt 40 T€ zur Umsetzung von Maßnahmen, die aus der Fortschreibung des Radverkehrskonzepts resultieren, veranschlagt.

Im Zusammenhang mit dem Radverkehr wird immer wieder die Asphaltierung der Wanderbahn zwischen Sattelbach und Mosbach gefordert. Die Kosten dafür belaufen sich auf rund 1 Mio. €, die in der Finanzplanung in 2026 vorgesehen ist. Demgegenüber stehen erwartete Zuschüsse i.H. von 90 %; die Klärung der Rahmenbedingungen für die Förderung sowie die Antragstellung sollen im kommenden Jahr erfolgen.

Ein wichtiges Projekt der Verkehrsinfrastruktur ist der notwendige Ersatzneubau der Waldhauerbrücke einschließlich der Anbindung an die Heilbronner Straße und das Gewerbegebiet „Im Weißen Feld“. Für Planungen und sonstige Vorbereitungen sind

im Finanzhaushalt 200 T€ eingestellt, für die eigentliche Baumaßnahme sieht die Finanzplanung 2,5 Mio. € in 2026 und eine weitere Mio. € in 2027 vor. Auch diese Maßnahme wird mit rd. 1,5 Mio. € gefördert.

4.6.3 Abwasserbeseitigung/Kanäle

Für den Unterhalt des städtischen Kanalnetzes sind im Ergebnishaushalt Mittel i.H.v. 1 Mio. € eingestellt, die für Maßnahmen im Zuge der Eigenkontrollverordnung eingesetzt werden.

Im Finanzhaushalt beläuft sich der Ansatz für die Erneuerung von Kanälen auf 1,65 Mio. €. Geplant sind verschiedene Kanalsanierungen und -erneuerungen, u.a. im Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen z.B. in der Reichenbucher Straße, der Straße „Am Henschelberg“ und im Akazienweg.

4.6.4 Sanierung „Innenstadt“

Der Zeitraum für die Sanierung „Innenstadt“ endet nach der bereits bewilligten Verlängerung am 30.04.2025. Nach Rücksprache mit dem Regierungspräsidium wurde im September aber eine weitere Verlängerung beantragt.

Zahlreiche private Maßnahmen mit bereits abgeschlossenen Modernisierungsverträgen haben sich verzögert (Corona-Pandemie, mangelnde Verfügbarkeit von Handwerkern etc.). Zusätzlich gibt es weiteres Interesse für neue private Modernisierungen. Ein nicht unerheblicher Teil der Mittel aus dem Sanierungstopf ist für die Modernisierungsmaßnahmen im Dachgeschoss des historischen Rathauses vorgesehen. Diese können jetzt erst angegangen werden, nachdem für die betroffenen Mitarbeitenden eine alternative Unterbringung gefunden werden konnte.

Wünschenswert wäre, wenn alle Eigentümer die Chancen eines Sanierungsgebietes für sich erkennen würden. Dies gilt insbesondere für den Marktplatz.

4.6.5 Sanierungsgebiet „Obertor“

Für das Sanierungsgebiet „Obertor“ wurde im Frühjahr des vergangenen Jahres ein Zuwendungsbetrag von 1,8 Mio. € bewilligt. Für die Förderung von privaten Modernisierungsmaßnahmen sind im Finanzhaushalt 70 T€ veranschlagt, weitere noch nicht verbrauchte Mittel können aus dem laufenden Jahr übertragen werden.

Die Ordnungsmaßnahme auf dem Gelände (Gebäudeabbruch zur Baureifmachung) ist in der Finanzplanung für 2026 mit 1,7 Mio. € vorgesehen, ebenso die Förderung durch das Land i.H. von 60 % der zuwendungsfähigen Kosten.

Leider warten wir noch immer auf eine verbindliche Entscheidung des Landes, um das Konzept des Baukompetenzzentrums anzugehen. Der kürzliche Besuch der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Mosbach lässt uns weiter auf eine Umsetzung hoffen und mit Nachdruck an dieser Idee weiterarbeiten. Mit dem Erwerb des Areals haben wir auf städtischer Seite maximalen Handlungsspielraum ermöglicht. Wir erwarten von den politischen Entscheidungsträgern nun, dass sie diesen Spielraum auch zu nutzen wissen. Das Thema Bauen ist von höchster sozialer, ökonomischer und ökologischer Bedeutung. Gut ausgebildete Fachkräfte sind hierbei unerlässlich. Ein Baukompetenzzentrum an der DHBW Mosbach kann hierfür ein wichtiger Baustein mit überregionaler Bedeutung sein. Die Bedeutung und Notwendigkeit dieses Projektes liegen auf dem Tisch. Es gibt also kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. In den letzten Monaten wurden zwar deutliche Fortschritte gemacht, aber es fehlt noch immer an verlässlichen Aussagen. Die Stadt steht als Partnerin des Baukompetenzzentrums verlässlich zur Verfügung und diese Zuverlässigkeit fordern wir nun auch von der Landespolitik.

4.6.6 Sportplätze

Der Sport spielt in unserer Stadt eine große Rolle. Dies macht sich im städtischen Leben immer wieder bemerkbar. Ein herausragendes Event war zuletzt sicher der AOK-Firmenlauf. Dieser Verantwortung möchten wir gerecht werden.

Beim MFV steht die Sanierung des Rasenspielfelds des Nebenplatzes an. Der Finanzhaushalt enthält einen Ansatz i.H. von 120 T€ für die Erneuerung von Rasentragschicht und Grasnarbe.

Für die Verbesserung der Gesamtsituation, insbesondere der Beispielbarkeit am Sportplatz Diedesheim, sind im Haushalt 150 T€ eingestellt. Über konkrete Maßnahmen sind Verein und Stadtverwaltung derzeit noch im offenen Austausch.

4.6.7 Kneippanlage Lohrbach

Die Kneippanlage in Lohrbach bedarf einer grundlegenden Erneuerung. Deshalb wurde im letzten Jahr eine Planung durch ein Fachbüro erstellt. Im Haushalt 2024 waren die Baukosten mit 100 T€ veranschlagt, ebenso erwartete Einnahmen aus Fördermitteln i.H. von 50 T€. Wegen noch zu klärender wasserrechtlicher Themen konnte die Realisierung aber dieses Jahr nicht begonnen werden. Deshalb sollen die Mittel aus 2024 ins nächste Jahr übertragen werden, zusätzlich sind im Finanzhaushalt des kommenden Jahres noch weitere 50 T€ eingestellt. Wir erwarten eine Förderung von 50 % aus dem LEADER-Programm.

4.6.8 Wasserspielplatz Kleiner Elz-Park

Der Wasserspielplatz, der zur Landesgartenschau 1997 errichtet wurde, befindet sich mittlerweile in einem nicht mehr zukunftsfähigen Zustand. Bei der Bürgerbeteiligung zum Landesgartenschau-Park gab es jedoch den Konsens, dass der Wasserspielplatz ein wichtiges Element im Park ist, das unbedingt weiterentwickelt werden sollte. Eine entsprechende Planung ist bereits beauftragt, für die Realisierung im nächsten Jahr sind 400 T€ vorgesehen. In den kommenden Jahren werden wir sukzessive an der Fortentwicklung des Parkes arbeiten.

4.7 Feuerwehr

Wie sich bei den großen Bränden in diesem Jahr, bei denen glücklicherweise keine Menschen verletzt wurden, erneut deutlich gezeigt hat, ist es zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger wichtig, eine gut ausgebildete und bedarfsgerecht ausgestattete Feuerwehr vorzuhalten.

Für das kommende Haushaltsjahr sind folgende investive Maßnahmen geplant:

4.7.1 Abteilung Mosbach Stadt

Bei der Feuerwehr Mosbach soll ein Tanklöschfahrzeug aus dem Jahr 1997 ersetzt werden. Dafür ist im kommenden Jahr eine Rate für die Ausschreibung von 10 T€ und eine Verpflichtungsermächtigung über 760 T€ eingeplant. Die tatsächliche Auslieferung ist dann für das Jahr 2027 vorgesehen. Eine Förderung über 96 T€ wird ebenfalls im Jahr 2027 erwartet.

4.7.2 Abteilung Neckarelz-Diedesheim

Für den Ersatz eines Löschgruppenfahrzeugs LF 16 der Abteilung Neckarelz-Diedesheim sind im kommenden Jahr 250 T€ für das Fahrgestell und im darauffolgenden Jahr weitere 500 T€ für den Aufbau im Haushaltsentwurf enthalten. Eine Förderung von 96 T€ ist ebenfalls für das Jahr 2026 eingeplant.

Außerdem ist für die Ausschreibung eines Einsatzleitwagens im kommenden Jahr eine Ausschreibungsrate von 10 T€ sowie eine Verpflichtungsermächtigung von 300 T€ veranschlagt.

4.7.3 Abteilung Reichenbuch

Das zurzeit älteste Feuerwehrgerätehaus mit dem Baujahr 1985 steht in Reichenbuch. Im Zuge der Aktualisierung des Feuerwehrbedarfsplanes wurden erhebliche Mängel am Gebäude festgestellt. Aktuell liegt eine Variante eines beauftragten Architekten für einen Neubau vor, allerdings sollen vor einer endgültigen Entscheidung weitere Varianten untersucht werden. Die Ergebnisse werden dann anschließend mit der Feuerwehr abgestimmt.

4.7.4 Abteilung Sattelbach

Grund für die Stationierung eines Gerätewagens Logistik für den Katastrophenschutz (GwLKatS) in Sattelbach ist die mangelnde Löschwasserversorgung in den ersten, oft entscheidenden Einsatzminuten. Mit diesem Fahrzeug sind in kürzester Zeit 4.000 Liter Löschwasser am Einsatzort. Außerdem verfügt die Abteilung Sattelbach über eine entsprechende Mannschaftsstärke, um dieses Fahrzeug vollumfänglich

zum Einsatz zu bringen. Für die Unterbringung dieses Fahrzeuges ist eine Planungsrate von 25 T€ im Haushaltsentwurf enthalten. Derzeit geht es darum, den idealen Standort zu ermitteln.

4.7.5 Abteilung Lohrbach

Zur Beschaffung eines Hilfeleistungslöschfahrzeugs HLF 20 KatS der Abteilung Lohrbach waren bereits im laufenden Haushaltsjahr Mittel von 250 T€ für das Fahrgestell eingeplant, im nächsten Jahr sind weitere 410 T€ für den Aufbau eingestellt. Ein Zuschuss aus Landesmitteln über 96 T€ ist für 2025 ebenfalls eingeplant.

4.7.6 Katastrophenschutz

In vielfältiger Weise sind wir angesichts des Klimawandels, aber auch aufgrund der geopolitischen Veränderungen mit Herausforderungen konfrontiert. Ob Hochwasser, Starkregenereignisse oder drohende Cyberangriffe, auch uns können Notlagen und Krisen stärker treffen als uns lieb ist. Zur besseren Krisenbewältigung haben wir deshalb einen Notfall- und Krisenplan erstellt. Neben zahlreichen organisatorischen Maßnahmen ist auch eine Notstromversorgung an unterschiedlichen Standorten ein Thema. Deshalb sind im Haushalt Mittel von 300 T€ für die Anschaffung von Notstromaggregaten vorgesehen.

Dieser Punkt meiner Haushaltrede gibt mir nun die Gelegenheit, allen Feuerwehrfrauen und –männern für ihren unermüdlichen Einsatz zu danken. Als Teil der Blaulicht-Familie wissen wir unsere Sicherheit durch Sie in guten Händen.

5. Stiftung Hospitalfonds

Der Haushalt der Stiftung Hospitalfonds weist ein negatives ordentliches Ergebnis von 123 T€ aus. Dieses Ergebnis entsteht insbesondere durch eine Dachsanierungsmaßnahme im Mietwohnungsbestand, die jedoch nur einmaligen Charakter hat. Dadurch wird ein Zahlungsmittelbedarf in Höhe von rd. 96 T€ erwartet. Investitionen sind im Finanzhaushalt des kommenden Jahres nicht geplant.

Die ordentlichen Tilgungen von knapp 8 T€ können nicht aus laufender Rechnung beglichen werden. Der im laufenden Haushaltsjahr aufgrund des Verkaufs des Pfalzgrafenstifts deutlich angestiegene Finanzierungsmittelbestand reduziert sich daher 2025 um voraussichtlich 104 T€.

Für die Verwendung des Verkaufserlöses des Pfalzgrafenstifts zu Stiftungszwecken bedarf es noch weitergehender Planungen, so dass diese in der mittelfristigen Finanzplanung erst im Jahr 2028 vorgesehen ist.

6. Schluss

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

ich habe Ihnen gerade einige der wichtigsten Vorhaben und deren Finanzierung für das kommende Haushaltsjahr erläutert. Bereits das ist ein ambitioniertes Programm, das uns angesichts der verschlechterten Finanzlage vor große Herausforderungen stellt.

Der Blick in die mittelfristige Finanzplanung macht deutlich, dass wir künftig eine größere Priorisierung unser Vorhaben vornehmen müssen, wenn wir unseren politischen Handlungsspielraum erhalten wollen. Nicht alles, was wünschenswert ist, wird auch machbar sein. Wir werden deshalb im kommenden Jahr nicht nur an der Umsetzung dieser Maßnahmen arbeiten, sondern uns auch verstärkt Gedanken machen müssen, was unbedingt sein muss und was wir zeitlich strecken können.

Dazu gehört auch, dass wir anerkennen, dass die Umsetzung vieler Maßnahmen aufgrund von Faktoren, die wir in manchen Fällen nicht selbst beeinflussen können, oft länger dauert als erhofft. Ich nenne hier nur beispielhaft komplexe Planungsabläufe, Grundstückverhandlungen mit Dritten, Bewilligung von Fördermitteln oder Lieferengpässe. Politischer Wille und reelle Planungshorizonte sind in der Haushaltsplanung in Einklang zu bringen.

Dass wir in dieser Hinsicht noch besser werden können, zeigen die Mittelüberträge, die wir Jahr für Jahr für noch nicht umgesetzte Maßnahmen bilden.

Neben der Prioritätensetzung wird es deshalb auch erforderlich sein, unsere Haushalte im Hinblick auf die Abläufe zielgerichtet zu planen, um unsere finanzwirtschaftliche Handlungsfähigkeit zu erhalten.

Die Gespräche mit zahlreichen Bürgermeisterkolleginnen und -kollegen der letzten Wochen haben mir gezeigt, dass wir mit der aktuellen Situation nicht alleine sind. Die Kommunen haben Rekordeinnahmen, was häufig bei den Diskussionen mit Bund und Land ins Feld geführt wird. Was hierbei aber nicht gesehen wird – die Kommunen haben ebenso Rekordausgaben. Und zwar vielfach in Themenfeldern, deren Steuerung sie selbst gar nicht in der Hand haben.

In diesen herausfordernden Zeiten, die von einem großen Transformations- und Handlungsdruck sowie einem Ausbreiten populistischer Kräfte geprägt sind, bedarf es, so meine Überzeugung, einer zugewandten und gestaltenden Politik, die im Dialog mit der Bürgerschaft entsteht, es bedarf mehr denn je der Kraft aller Akteure einer Stadtgesellschaft sowie des echten und ehrlichen Schulterschlusses zwischen Kommunen, Land und Bund.

Was wir hingegen nicht brauchen, sind Zuständigkeitsgerangel, technokratische Spardiktate und bürokratische Verfahren, die uns jeden Gestaltungsspielraum nehmen. Denn genau diesen Gestaltungsspielraum brauchen wir: für den Sport, das Ehrenamt, die Kultur, für den Klimaschutz, eine menschengerechte Stadtentwicklung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir in der Kommunalpolitik und in der Stadtverwaltung sind diejenigen, die Entscheidungen aus Stuttgart, aus Berlin und Brüssel erklären, umsetzen und durchsetzen müssen. Was irgendwo abstrakt geregelt wird, ist bei uns die entscheidende Frage von gelingender Alltagsbewältigung und Daseinsfürsorge für die Bürger*innen, für unsere Unternehmen, unsere Vereine und Institutionen.

Die Menschen in den Städten und Gemeinden erwarten gerade von der kommunalen Seite, dass Aufgaben im täglichen Lebensumfeld zielorientiert und pragmatisch gelöst werden. Klimawandel, wirtschaftliche Transformation, Verkehrswende, Digitalisierung, Migration und sozialer Zusammenhalt – dies sind alles abstrakte Begriffe, die erst im kommunalen Alltag mit Leben gefüllt werden.

Auf viele Dinge haben wir vor Ort aber schlichtweg keinerlei Einfluss. Sie werden entweder von „oben“ bestimmt oder wir sind auf die dringende Mitwirkung Dritter angewiesen. Aber egal ob Bauruine oder verfallendes Gebäude am Marktplatz – die Menschen adressieren an Kommunalpolitik und Verwaltung ihre Interessen und nicht an die jeweiligen Eigentümer. Meist haben wir aber gar nicht die rechtlichen Instrumente, um hier tätig zu werden. Hier würde ich mir wünschen, dass man den Kommunen mehr Handlungsoptionen und vor allem eine bessere finanzielle Ausstattung gibt.

Dennoch gehöre ich noch immer nicht zu denjenigen, die schwarz malen oder keine Hoffnung in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes haben. Die vielfache gesellschaftliche Verunsicherung rührt auch daher, dass so viele große Themen gleichzeitig auf uns einströmen, wie wahrscheinlich selten zuvor in der Geschichte. Herausforderungen, die für den Einzelnen nur schwer in ihren Folgen abschätzbar sind und die in einer Gesellschaft, die es wegen Google, Social Media und Co gewöhnt ist, auf alles eine schnelle und möglichst einfache Antwort zu erhalten. Beim Tempo und der Vielfalt der Aufgaben ist gesellschaftliche Resilienz wohl der entscheidende Schlüsselfaktor.

Der amerikanische Psychotherapeut und Autor Steve de Shazer hat es so auf den Punkt gebracht: „Das Reden über Probleme schafft Probleme. Das Reden über Lösungen schafft Lösungen.“ Aus diesem Grundgedanken hat er die lösungsorientierte Kurztherapie kreiert.

Auch wenn ich nicht glaube, dass in Anbetracht der derzeitigen Gesamtsituation eine Kurztherapie ausreichend ist, so stimmt doch der Grundgedanke. Lassen Sie uns die Haushaltsberatungen nutzen, um über Lösungen für unsere Stadt zu sprechen und nicht nur mit der Situation zu hadern.

Ich weiß, dass wir Ihnen als Gemeinderäte in den letzten Wochen und Monaten viel an Botschaften zugemutet haben. Aber wir müssen uns ehrlich machen: Wenn wir unsere städtischen Liegenschaften betrachten, leben wir schon zu lange von der Substanz. Und um hier wieder Herr der Lage zu werden, braucht es eine Langzeittherapie. Dies ist oft unangenehm, denn eigentlich sind politisch schnelle Erfolge ja viel schöner, zumal in der Bevölkerung für lange Planung und langwierige Umsetzungsprozesse nur wenig Verständnis herrscht.

Dennoch glaube ich, dass wir auf einem richtigen Weg sind. Schulen, Feuerwehr, Sporthallen, Quartiers-, Energie- oder Verkehrskonzepte:

Es braucht ganzheitliche Konzepte statt Insellösungen. Es braucht einen langen Atem statt kurzfristiger, aber nicht nachhaltiger und substanzloser Umsetzungen. Diese Prozesse und Lösungsansätze haben wir teilweise bereits auf den Weg gebracht. An anderer Stelle werden wir noch nachziehen müssen.

Bei so manchem Thema in unseren Gremien habe ich in den letzten Wochen Sorgenfalten bei Ihnen wahrgenommen. Schaffen wir das alles? Können wir uns das leisten? Was kommt noch?

Und ja, es wird tatsächlich ein langer und steiniger Weg, der vermutlich bis in die 2040er-Jahre reichen wird, um wieder „vor der Lage zu sein“, wie es im Krisenmanagement heißt. Es wird aber auch ein Weg sein, bei dem man viel gestalten kann und bei dem Sie als Kommunalpolitik gefordert sind, sowohl gewichtige Entscheidungen zu treffen, als auch Bindeglied und Erklärer für die Bevölkerung zu sein.

Mit unseren Beteiligungsprozessen haben wir deutlich gemacht, dass wir der Bevölkerung zuhören, die Menschen einbinden und ernst nehmen. Nicht immer kommt es dann zum gewünschten Ergebnis für die jeweils Betroffenen, aber stets erfolgt ein Austausch auf Augenhöhe. Diesen Weg müssen wir auch künftig konsequent fortsetzen, wenn es nämlich gilt, Prioritäten zu setzen oder sich auch von lieb gewonnen Dingen zu verabschieden.

Die Chance, die wir als Stadt haben, liegt darin, dass wir die großen Themen unserer Zeit auf örtlicher Ebene umsetzen dürfen. Mein großer Appell und meine Bitte an Sie alle – egal ob in Kommunalpolitik oder Stadtgesellschaft – ist, dass wir konsequent die anstehenden Herausforderungen angehen. Meist gibt es ja kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. Das können wir uns allerdings nicht mehr leisten. Weder im Großen noch im Kleinen.

Ich freue mich deshalb auf die anstehenden Diskussionen mit Ihnen und bin sicher, dass wir uns auch im neu gewählten Gremium nicht im politischen oder gar parteipolitischen Klein-Klein verlieren, sondern ernsthaft, konsequent und verantwortungsvoll unserer Aufgabe im Sinne der Stadt gerecht werden.

KI muss nicht nur für künstliche Intelligenz stehen, sondern auch für kommunale Intelligenz. Und diese kommunale Intelligenz muss sich immer zur Aufgabe machen, die Menschen in ihrem Lebensalltag abzuholen und Lösungen für das tägliche Umfeld zu bieten. Packen wir es also an!

Abschließend bedanke ich mich bei unserer Kämmerin Frau Bansbach-Edelmann und Ihrem Team sowie bei allen anderen Mitarbeitenden für das konstruktive und kollegiale Vorgehen bei der Aufstellung des Gemeinschaftswerkes Haushalt.

Ihnen, den Damen und Herren des Gemeinderates, damit verbunden allen Ehrenamtlichen in unserer Stadt, meinen allerherzlichsten Dank für Ihre unermüdliche Arbeit für unser Gemeinwohl. Ich freue mich auf die anstehenden Haushaltsberatungen als auch die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen. Dabei können unterschiedliche Sichtweisen bereichernd sein. Der offene Diskurs ist zwingender Bestandteil unserer Demokratie.

Im Anschluss an die Ausführungen von Frau Bansbach-Edelmann übergebe ich Ihnen den Haushaltsentwurf, wie bei uns üblich ohne weitere Aussprache, zur Beratung in den Gremien.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!